

Im Schuljahr 2006/2007 besuchten rund 892 000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Privatschule. Das entspricht 7,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler insgesamt. Alleine in der Hauptstadt Berlin ist eine Steigerung der Schülerzahlen im Jahr 2006/2007 um 7,4 Prozent zu verzeichnen.

Die Entwicklung verdeutlicht, dass Eltern immer stärker dazu neigen, die Bildungseinrichtungen freier Träger den staatlichen Einrichtungen vorzuziehen. Dabei scheint auch der Glaube an die höhere Leistungsfähigkeit der Ersatzschulen maßgeblich zu sein. [So lautet eine Antwort der Bundesregierung \[PDF – 80 KB\]](#) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Wolfgang Lieb

In den einzelnen Ländern fällt der Anteil der Privatschüler sehr unterschiedlich aus. Die Spanne reicht von 3,6 Prozent der Schüler an privaten allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein bis 10,3 Prozent in Bayern. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen in den Neuen Ländern (einschließlich Berlin) hat sich mehr als verdreifacht (1997: 2,5 Prozent, 2006: 8,1 Prozent).

Dass die hohen pädagogischen Standards und die erbrachte Bildungsleistung Früchte tragen verdeutlicht die Studie „Privatschulen in Deutschland, Regulierung – Finanzierung – Wettbewerb“ (IW-Analysen Nr. 25, Köln 2007) des Instituts für deutsche Wirtschaft Köln. Die Studie belegt eindrucksvoll, dass freie Schulen eine im Durchschnitt deutlich höheren Bildungserfolg bei Kindern und Jugendlichen verzeichnen können – und zugleich die staatlichen Ressourcen schonen. Auch in der „PISA 2003“-Studie finden sich Hinweise dahingehend, dass freie Schulen häufig Kinder und Jugendliche besser zu fördern in der Lage sind.

Dabei erhalten die Privatschulen, mit Ausnahme der Förderschulen, durchschnittlich einen staatlichen Zuschuss von 3 800 Euro pro Schüler. Für öffentliche Schulen wurden dagegen laut amtlichen Berechnungen Pro-Kopf-Ausgaben von 4 900 Euro getätigt. Insgesamt würde der Fiskus aufgrund der Ungleichbehandlung 870 Millionen Euro einsparen, so das Institut für deutsche Wirtschaft Köln (IW-Analysen Nr. 25, Köln 2007).

Anmerkung: Die Aussage über die „Ungleichbehandlung“ von privaten gegenüber den öffentlichen Schulen wurde vom Verfasser der Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) prompt als [Benachteiligung beklagt](#).

Nahezu überall in den industrialisierten Ländern, wo Privatschulen einen hohen Anteil unter den allgemeinbildenden Schulen ausmachen, tragen sie zu einer hohen sozialen Auslese und zur Elitebildung bei. „Die Abschlüsse dieser Elitebildungsstätten entscheiden weitgehend über den Zugang zu den Spitzenpositionen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Justiz und

Wissenschaft und sie sorgen zugleich für eine soziale Selektion zugunsten des Nachwuchses aus dem Bürgertum.“ (Michael Hartmann, Elite-Soziologie, 2004, S. 109 ff.).

Im für die Aufstiegschancen besonders relevanten Sekundarbereich liegt der Anteil der Schüler an Privatschulen mit 8,3 Prozent zwar noch weit unter den Werten im Vereinigten Königreich (75,03 %) oder in Frankreich (30,2%), doch scheint sich auch in Deutschland der Trend zu Privatschulen zu verstärken.

Das deutsche Schulwesen, so bescheinigen es alle Studien, gehört mit seinem dreiegegliederten System weltweit ohnehin zu den sozial selektivsten. Mit Zunahme der Privatschulen wird sich der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in Abhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern noch verstärken.

Wie überall, wo es ein verbreitetes Privatschulwesen gibt, wird die Nachfrage nach solchen Bildungseinrichtungen vor allem dadurch ausgelöst, dass das öffentliche Schulwesen finanziell ausgeblutet wird, dass es zur Restschule für Minderbemittelte und für Kinder mit Migrationshintergrund wird. Dieser Trend ist in den letzten Jahren auch in Deutschland unverkennbar. Familien, die es sich leisten können und die „bildungsnahe“ sind, drängen mehr und mehr darauf, ihre Kinder auf Privatschulen schicken zu können – egal unter welcher Firma diese auch laufen, ob unter „International Schools“ oder „Club of Rome Schulen“.

Der Mechanismus zur Privatisierung ist überall der Gleiche: Der Staat spart die öffentlichen Einrichtungen kaputt, es mangelt an personeller Ausstattung und die Gebäude verrotten, sie werden schlecht geredet und private Einrichtungen gelten als Rettung aus dem Übel.